



Jugendliche Demonstranten verbrennen am Dienstag aus Protest gegen den Wahlsieg der Kommunisten Möbel vor dem Parlamentsgebäude in der moldauischen Hauptstadt Chisinau.

JOHN MCCONNICO / AP

Unruhen nach den Wahlen in der Moldau

Protestierende Jugendliche stürmen das Parlament

Wegen des Wahlsiegs der Kommunisten bei den Parlamentswahlen in der Republik Moldau kam es in Chisinau zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Opposition fordert eine Wahlwiederholung.

ruh. Prag, 7. April

Im Anschluss an den überwältigenden Sieg der Kommunisten in den Parlamentswahlen der Republik Moldau vom Sonntag ist es in der Hauptstadt Chisinau zu Protesten von rund zehntausend vorwiegend jungen Menschen gekommen. Während ein Demonstrationszug am Montag friedlich verlief, eskalierten am Dienstag die Spannungen. Protestierende drangen trotz Gegenwehr der Polizei in Gebäude der Präsidialadministration und des Parlaments ein und verbrannten im Freien vor den Gebäuden Möbel und Büroeinrichtungen. Die Polizei vermochte die Menge zunächst auch mit Wasserwerfern nicht unter Kontrolle zu bringen.

Während internationale Beobachter die Wahlen als generell fair beurteilten, klagte die Opposition über schlechten Zugang zu den Medien im Vorfeld des Urnengangs. Dass die Opposition

durch die Proteste eine Wiederholung der Wahl erzwingen und diese gewinnen kann, wie es ihr vorschwebt, scheint indes unrealistisch. Nachvollziehbar ist hingegen, dass nach acht Jahren einer kommunistisch kontrollierten Regierung und der Aussicht auf weitere vier Jahre unter der gleichen Partei, die ihre Machtposition noch auszubauen vermochte, die Frustration bei vielen Jugendlichen und Intellektuellen wächst.

Es blieb am Dienstag jedoch noch unklar, ob die Proteste hauptsächlich von den oppositionellen Wahlverlierern getragen wurden oder ob es sich um spontane Unmutskundgebungen Jugendlicher, die nicht direkt an politische Parteien angebunden waren, handelte. Der höchste Beamte für die EU-Aussenpolitik, Javier Solana, bezeichnete es in einer Stellungnahme als nicht akzeptabel, wenn Gewalt gegen staatliche Einrichtungen ausgeübt werde. Gleichzeitig unterstrich er aber das Recht der Bevölkerung auf friedliche Demonstrationen. Die Republik Moldau soll, zusammen mit weiteren osteuropäischen Staaten, durch ein neues Partnerschaftsprogramm näher an die Europäische Union geführt werden. Dazu ist für Anfang Mai ein Treffen in Prag geplant.